

Große Anfrage

der Fraktion der FDP

betr. kulturpolitische Aufgaben des Bundes

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Warum hat die Bundesregierung den einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 1. Juli 1960 nicht ausgeführt, mit dem sie aufgefordert wurde,
„die Verhandlungen mit den Ländern über die Abgrenzung der Aufgaben im kulturellen Bereich möglichst bald abzuschließen und dem Bundestag über das Ergebnis dieser Verhandlungen bis zur Einbringung des Haushalts 1961 schriftlich zu berichten“?
2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung einzelner Bundesländer, daß kulturelle Aufgaben, die bisher der Bund wahrgenommen hat, an die Länder abgetreten werden sollen?
3. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung von gemeinsamen Institutionen und Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Kulturpolitik innerhalb der europäischen Gemeinschaften?
4. Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die rechtliche, besoldungsmäßige und soziale Stellung deutscher Dozenten und Lehrer sowie ihre berufliche Entwicklung während ihrer Auslandstätigkeit und bei ihrer Rückkehr zu sichern?
5. Wie will die Bundesregierung der Propaganda des Zonenregimes mit dem „Deutschen Kulturerbe“ im Ausland, besonders in den Entwicklungsländern, wirkungsvoll entgegen treten?
6. Ist die Bundesregierung bereit, Vorschläge zu entwickeln und Mittel zur Verfügung zu stellen, um in Berlin wissenschaftliche Einrichtungen mit internationalem Rang neu zu errichten oder auszubauen?
Wird sie zudem kulturelle Einrichtungen internationaler Träger in Berlin fördern?

Bonn, den 2. März 1962

Dr. Bucher und Fraktion